

Niederschrift

über die 13. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses am Donnerstag, 07.11.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

stell. Vorsitz

Frau Marianne Münnich Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Herr Martin Falke	CDU	
Herr Fabian Filatov	CDU	
Herr Christian Gartmann	CDU	
Herr Michael Wegmann	CDU	für Herrn Rupp
Herr Jörg Brandenburg	CDU	
Frau Sandra Kollender	SPD	
Herr Carsten Wannhof	SPD	
Herr Abdullah Dogan	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Andrea Grunert	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	für Frau Beier

Sachkundige Bürger/innen

Herr Lars Gramm	SPD
Frau Dörthe Dylewski	FDP
Frau Sibylle Owsianowski	AfD

Beratende Mitglieder

Herr Detlef Recha	Arbeiterwohlfahrt - Orts-	
verein Hilden		
Frau Heike Richarz	Allianz für Hilden	für Herrn Verhalen
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle	
Frau Pfarrerin Sonja Schüller	Diakoni evangelische	
Kirche		

Gäste

Herr Hubert Bader	SKFM Hilden e. V.	für Frau Peters
-------------------	-------------------	-----------------

Beiräte

Frau Christel Gerling	Seniorenbeirat
Frau Anne Schunicht-Rawe	Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Andrea Funke	Stadt Hilden
Frau Anna Maurer	Stadt Hilden
Frau Sonja Ockenfeld	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Sozialausschusses Stand Oktober 2024
WP 20-25 SV 50/080
- 3 Sachstandsbericht Stellwerk "Zugehende Beratung für Menschen ab 90plus"
WP 20-25 SV 51/287
- 4 Sozialreport Stadt Hilden November 2024
WP 20-25 SV III/068
- 5 Eckpunkte-Konzept Integrierte strategische Sozialplanung
WP 20-25 SV III/070
- 6 Sachstand zur Neuausrichtung Integration
WP 20-25 SV 51/289
- 7 Sachstand Inklusion
WP 20-25 SV 51/291
- 8 Fallzahlenentwicklung Asyl
WP 20-25 SV 51/290
- 9 Haushalt 2025
 - 9.1 Antrag Nr. 2025_03 zum Haushalt 2025 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prävention Schuldnerberatung an Schulen
WP 20-25 SV 50/081
 - 9.2 Antrag Nr. 2025_05 zum Haushalt 2025 der SPD-Fraktion - Fortbildungen belassen
WP 20-25 SV 50/082
 - 9.3 Antrag Nr. 2025_02 zum Haushalt 2025 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kürzung Stelle Sozialarbeit Asyl
WP 20-25 SV 51/292
 - 9.4 Antrag Nr. 2025_04 zum Haushalt 2025 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: EFL-Projekt im Wechsel mit Ehrenamtsbörse
WP 20-25 SV 51/293

10 Anträge

10.1 Antrag der Fraktion Grüne vom 20.06.2024; Gestaltung städtischer Printmedien **WP 20-25 SV 01/195**

11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Rm Stroth/SPD, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Sie verpflichtete die Beirätinnen Frau Anne Schunicht-Rawe und Frau Christel Gerling mit folgenden Worten:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

Änderungen zur Tagesordnung

1. Beigeordneter Eichner informierte den Ausschuss darüber, dass in der Integrationsratssitzung vom 31.10.2024 der Tagesordnungspunkt 6 „Sachstand zur Neuausrichtung Integration“ aufgrund eines Geschäftsordnungsantrages von der Tagesordnung zu nehmen sei.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmten der Änderung zur Tagesordnung zu.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

2	Beschlusskontrolle der Beschlüsse des Sozialausschusses Stand Oktober 2024	WP 20-25 SV 50/080
---	---	-----------------------

Der Sozialausschuss nahm den nachfolgenden Sachstand zur Beschlusskontrolle seines eigenen Gremiums zur Kenntnis.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen fragte, welche Wünsche die 30 Personen, die das Beratungsangebot in Anspruch genommen haben, vorgetragen haben.

1. Beigeordneter Eichner sicherte zu, eine Auflistung der Anregungen der Betretenden zusammenzustellen (siehe nachfolgende Anmerkung der Schriftführung).

SB Dylewski/FDP gab an, dass eine der Problematiken die Sprachbarriere sei. Sie fragte, wie die Verwaltung zukünftig mit dieser Herausforderung umgehen werde.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass die Verwaltung die zukünftigen Schreiben entsprechend der Bedürfnisse anpassen werde.

Anmerkung der Schriftführung Rückmeldung aus dem Fachamt:

„Bei den Hausbesuchen wurden besonders folgende Punkte thematisiert:

- *Wohnen im Alter*
 - *Große Ungewissheit (hohe Mieten/Kosten, Wohnform, etc.)*
 - *Probleme mit dem Vermieter („ich bin alt, mit mir kann man es ja machen!“)*
 - *Wohnen im Heim*
- *Einsamkeit (und dadurch hohes Kommunikationsbedürfnis)*
- *Hilfe bei Antragsstellung (=allg. Seniorenberatung)*

Der „familiäre Rückhalt“ wurde als zentraler und wichtigster Punkt des Älterwerdens identifiziert.“

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zur aufsuchenden Arbeit des Stellwerks zur Kenntnis.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen stellte fest, dass die vorliegende Datenerhebung über das gesamte Stadtgebiet erfolgt sei und fragte, ob zukünftig eine detailliertere Darstellung der Daten erstellt werden könnte. Des Weiteren bat sie um Auskünfte, wer zugezogen sei, wer weggezogen sei, da unterschiedliche Personengruppen auch unterschiedliche Beweggründe aufweisen.

Herr Schatte/Verwaltung antwortete, dass zukünftig die Berichte auch wieder auf die jeweiligen Stadtteile ausgerichtet werden. Der Fokus aktuell liege auf der Wanderungsbewegung und die dazugehörigen Hintergründe, welche mit Hilfe einer Bürgerbefragung durch das Bürgerbüro vorgenommen wurde. Im Anschluss könne dann durch eine Datenanalyse geprüft werden, welche Optimierungsmaßnahmen die Stadtverwaltung erarbeiten könnte.

Rm Dogan//Bündnis 90/Die Grünen fragte, wie sich die Zahlen auf Seite 13 der Diagrammdarstellung zusammensetze und ob auch geflüchtete Menschen in die Aufstellung eingebunden wurden.

Herr Schatte/Verwaltung teile mit, dass alle Bürgerinnen und Bürger in der Datenanalyse berücksichtigt wurden, jedoch keine Differenzierung der Gruppierungen erfolgt sei. Dennoch sei ein Unterschied zu sehen, durch die Ausweisung der beiden Zeiträume und die damit verbundenen Zuwanderungen durch geflüchtete Menschen.

Der Sozialausschuss nahm den Sozialreport der Stadt Hilden vom November 2024 zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eichner wies nochmals darauf hin, dass die Stadtverwaltung sich im Prozess durch externe Expertise der Beschäftigungsförderung der GIP und des Landes NRW beraten lassen werde. Herr Schatte werde diesen Prozess federführend begleiten und eine regelmäßige Berichterstattung vornehmen.

SB Gramm/SPD begrüße die strategische Vorgehensweise der Stadtverwaltung, weshalb seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

SB Dylewski/FDP bezog sich auf einen Kriminologen der Universität Münster, der sich in einem Interview auf zur Jugendkriminalität in NRW äußerte. Er wies darauf hin, dass es Jugendliche im Alter von 12-15 Jahre betreffe und auch die Unterstützung dieser Altersgruppe durch Schulsozialarbeiter*innen nicht ausreichend abgedeckt werde. Daher wolle sie wissen, ob diesbezüglich Untersuchungen in Hilden stattgefunden haben. Ebenso stellte sie fest, dass für die Jugendlichen zwischen 12-15 Jahren am Wochenende keine Aktivitäten angeboten wurden. Ihr sei wichtig, dass dieser Themenbereich ebenfalls berücksichtigt werde und ein regelmäßiger Informationsaustausch in den Ausschüssen erfolgen solle.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass die Berichterstattung eher federführend über den Jugendhilfeausschuss erfolgen werde. Aktuell arbeite die Verwaltung an einer Ausarbeitung des Kinder- und Jugendförderplanes. Die Verwaltung sei sich der Thematik „Jugendkriminalität“ bewusst und habe bereits in der Vergangenheit strategische Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, Ordnungsamt und der örtlichen Polizeibehörde ergriffen. Des Weiteren stehe die Verwaltung im engen Austausch mit den Schulen. Jedoch müsse berücksichtigt werden, dass die Verwaltung lediglich beratend fungieren könne. Die Themenbereiche Schulentwicklungsplanung, Sozialplanung sowie die Kinder- und Jugendförderung greifen ineinander, weshalb es einer engen Zusammenarbeit mit allen Akteuren bedarf.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung, nach Vorberatung im Sozialausschuss, das Konzept der Integrierten strategischen Sozialplanung umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt wurde unter „Änderung zur Tagesordnung“ abgesetzt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Integrationsrat und Sozialausschuss die Mittel des Maßnahmenkataloges Integration i.H.v. 20.000€ sowie die Mittel für die Umsetzung des Förderpreises Integration i.H.v. 1.400€ für die Umsetzung des Konzeptes einer Potenzialanalyse der geflüchteten Menschen in Unterkünften umzuwidmen.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen bat die Verwaltung, die vom Amt 51 genannten Handlungsbedarfe dem Protokoll beizufügen.

1. Beigeordneter Eichner sagte zu, dass die Handlungsbedarfe der Niederschrift beigelegt werden. Des Weiteren werde der Verwaltungsvorstand beraten bzw. das zuständige Fachamt mit der Ausarbeitung beauftragen.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Handlungsbedarfe sind als Anlage beigelegt und somit Bestandteil dieser Niederschrift.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eichner wies auf einen Fehler in der Sitzungsvorlage auf Seite 3 hin, welcher in der letzten Zeile der Tabelle die Zusammenrechnung aufweise. Die Differenz sei 21 und nicht 22.

Der Integrationsrat und der Sozialausschuss nahmen die Ausführungen der Verwaltung zur Fallzahlenentwicklung im Bereich Asyl zur Kenntnis.

1. Beigeordneter Eichner machte darauf aufmerksam, dass die Prävention ein wichtiges Thema sei, jedoch auch die Herausforderung der Haushaltskonsolidierung zu beachten sei. Das Amt 50 habe die vielen Pflichtaufgaben im Vorfeld mit dem Vertragspartner SKFM (Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer Hilden e.V.) besprochen. Zur Haushaltskonsolidierung haben sich Träger und Verwaltung beraten und schlagen vor, die Prävention um 50 % zu kürzen, dies entspräche einer Einsparung in Höhe von 18.000 Euro. Die Änderung würde dann dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen sowie dem Rat der Stadt Hilden zwecks Abstimmung vorgeschlagen werden.

Herr Bader vom SKFM stand in der heutigen Sitzung für Fragen zur Verfügung.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen begrüßte den Lösungsvorschlag und dass eine Umstrukturierung des SKFM als Option genutzt werde. Daher stimme ihre Fraktion dem Lösungsvorschlag der Stadtverwaltung und des SKFM zu.

Vorsitzende Rm Stroth/SPD wies die Ausschussmitglieder daraufhin, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag die Kürzung um 50 % noch nicht berücksichtige, weshalb eine Änderung des Beschlussvorschlages erfolgen müsse.

Geänderter Antragstext:

Die Zuschüsse zur Präventionsarbeit an den SKFM Hilden bleiben für den Verband **im Sinne des Verwaltungsvorstandes** in auskömmlicher Höhe erhalten. Über die Zielgruppe des Präventionsprojektes soll zwischen Verwaltung und SKFM ein Austausch stattfinden. Die Schulen sind seitens der Verwaltung über das Projekt im Rahmen der Konferenz der Schulleitungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 5 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion.

9.2 Antrag Nr. 2025_05 zum Haushalt 2025 der SPD-Fraktion - Fortbildungen belassen

WP 20-25 SV
50/082

SB Gramm/SPD teilte mit, dass seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen werde und das Produkt „060316 Psychologische Beratungsangebote Sachkonto 52/54“ aus dem Antragstext gestrichen werden könne, da diese Mittel laut Fachamt nicht benötigt werden.

SB Dylewski/FDP war der Auffassung, dass das Fachpersonal in der Lage sei sich eigenverantwortlich weiterzubilden und zu entwickeln. Durch die aktuelle Haushaltssituation sei eine Aussetzung dieser Fortbildungsmaßnahmen demnach möglich.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen und Rm Gartmann/CDU teilte mit, dass ihre Fraktionen den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen werden. Die Verwaltung teilte in der Sitzungsvorlage mit, dass die Fähigkeiten und Qualifikationen in den Fortbildungsmaßnahmen ausgebaut werden, was für die Ausübung der Tätigkeiten nützlich sei.

Geänderter Antragstext:

Die von der Verwaltung angestrebten Einsparungen der Fortbildungen von Mitarbeiter*innen in folgenden Produkten werden nicht durchgeführt:

Produkt 050301 Hilfe zum Lebensunterhalt Sachkonto 541200

Produkt 060312 Kindschaftsrechtsangelegenheiten Sachkonto 541200

~~Produkt 060316 Psychologische Beratungsangebote Sachkonto 52/54~~

Produkt 100402 Wohnungsangelegenheiten Sachkonto 541200

Produkt 100501 Wohngeld Sachkonten 541200/541300

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Nein-Stimmen der Fraktionen FDP und AfD und einer Enthaltung der Fraktion Bürgeraktion.

9.3 Antrag Nr. 2025_02 zum Haushalt 2025 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kürzung Stelle Sozialarbeit Asyl

WP 20-25 SV
51/292

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen sagte, dass die Stelle des Auszugsmanagements umgewandelt werden solle. Dennoch sei die soziale Arbeit vor Ort wichtig und sollte daher keiner Kürzung unterzogen werden. Des Weiteren bat sie um Informationen, ob es sich bei den Fahrtkosten um Dienstfahren der Sozialarbeiter*innen handle, die in die Einrichtungen fahren.

Rm J. Brandenburg/CDU verkündete, dass seine Fraktion sich vorbehalten wolle, die Umwandlung der Stelle auf 5 Jahre zu befristen, um ergebnisorientiert handeln zu können und bat daher den Antragstext entsprechend anzupassen.

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen machte darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um zwei unterschiedliche Angelegenheiten handle. Ihre Fraktion wolle, dass die Sozialarbeit unabhängig von der Stelle Auszugsmanagement ausgeführt werde.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass die Verwaltung zeitnah eine unbefristete Stelle reaktivieren werde. Sollte diese unbefristete Stelle nun auf 5 Jahre befristet werden, müsse der Hauptausschuss bezüglich der Personalangelegenheit hier nochmals beratend tätig werden.

Rm Reffgen/BA bat um Stellungnahme der Verwaltung, ob mit einem erfolgreichen Auszugsmanagement, eine Reduzierung bzw. der Bedarf an Sozialarbeiter*innen in den Unterkünften einhergehen werde.

1. Beigeordneter Eichner gab an, dass es Ziel der Verwaltung sei, die Kapazitäten in den vorhandenen Unterkünften zu verbessern. Dies solle mit dem Auszugsmanagement ermöglicht werden und die Verwaltung arbeite derzeit an einem Konzept. Die Reduzierung der sozialpädagogischen Arbeit sei aufgrund der Umstrukturierung und des Umfangs an Betreuung nicht gegeben. Zu beachten sei, dass Bereiche wie Spracherwerb, Job bzw. Ausbildungsvermittlung und der private Wohnungsbereich bedient und unterstützt werden müsse.

Rm Stroth/SPD lies somit vorrangig über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen, da über die Streichung der Fahrtkosten keine Abstimmung mehr gewünscht war.

Antragstext:

Die Kürzung einer Sozialarbeiter*innenstelle wird zurückgenommen. Für Dienstfahrten stehen weiterhin 893 € zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis auf 5 Jahre Befristung der Sozialarbeiter*innenstelle:

Mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und einer Enthaltung der FDP-Fraktion.

Abstimmungsergebnis regulärer Antragstext:

Mehrheitlich beschlossen bei einer Nein-Stimme der AfD-Fraktion und einer Enthaltung der FDP-Fraktion.

9.4 Antrag Nr. 2025_04 zum Haushalt 2025 der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen: EFI-Projekt im Wechsel mit Ehrenamtsbörse

WP 20-25 SV
51/293

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen teilte mit, dass ihre Fraktion der Nutzung von Fördergeldern zustimme, es ihnen jedoch wichtig sei, dass alle zwei Jahre die Ausführung dieses Projektes sichergestellt werde, auch wenn keine Fördermittel zu Verfügung stehen sollten. Der zweite Punkt im Antrag zum Thema „Ehramtsbörse“ könne gestrichen werden, da die Gelder weiterhin zur Verfügung stehen werden.

Geänderter Antragstext:

1. Für die zweijährige Durchführung des EFIProjektes (2025, 2027) sind – (sollten dafür keine Fördermittel akquiriert werden können) – im städtischen Haushalt die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.

~~2. Eine Ehrenamtsbörse findet jährlich im Wechsel mit dem Team BGM statt (2026, 2028).~~

3. Die Seniorenmesse und der Demenz-Info-Tag werden zusammengeführt. Eine entsprechende Veranstaltung (Messe) findet alle zwei Jahre statt.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1:

Mehrheitlich abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie einer Enthaltung der AfD-Fraktion.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3:

Mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion.

10 Anträge

10.1 Antrag der Fraktion Grüne vom 20.06.2024; Gestaltung städtischer Printmedien	WP 20-25 SV 01/195
---	-----------------------

Rm M. Münnich/Bündnis 90/Die Grünen erklärte den Antrag ihrer Fraktion für erledigt.

Frau Schunicht-Rawe verlas folgende Stellungnahme:

*„Sehr geehrte Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,*

der Behindertenbeirat befürwortet eine barriereärmere Umsetzung im Printmedienbereich sehr. In Rücksprache mit dem Blinden- und Sehbehindertenvereins des Kreises Mettmann empfehlen wir allerdings die Internetseite leserlich.info hinzuzuziehen. Die Seite ist ein Angebot des „Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes“ und wurde in Zusammenarbeit mit Betroffenen und Kommunikationsexperten erarbeitet.

Grundsätzlich ist es sehr hilfreich eine serifenlose Humanistische Schrift zu wählen und einen größeren Schriftgrad, aber es ist immer zu berücksichtigen, dass von der gewählten Schriftart der Schriftgrad abhängt.

Das Thema ist sehr komplex und betrifft darüber hinaus den zu wählenden Zeichenabstand, den Zeilenabstand, die Länge der Zeile, das Material des Papiers, die Papieroberfläche usw..“

SB Dylewski/FDP begrüße die Anpassung der Printmedien, da nicht nur Menschen mit körperlichen Einschränkungen, sondern auch altersbedingt Schwierigkeiten haben, die Infomaterialien zu lesen.

Antragstext:

Flyer, Veranstaltungshinweise, Programme und sonstige Printmedien der Stadt Hilden werden zukünftig nicht mehr in grau, sondern in schwarz gedruckt. Für farbliche Hervorhebungen ist eine hohe Farbtintensität zu wählen. Die Schriftgröße soll mindestens 12 betragen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag wurde für erledigt erklärt.

11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

1. Beigeordneter Eichner verabschiedete Frau Ockenfeld, die zum Ende des Jahres ihre Aufgabe als Schriftführung aufgrund einer neuen Tätigkeit niederlegen werde.

12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

Anne Kathrin Stroth / Datum 11.12.24
Vorsitzende

Sonja Ockenfeld / Datum 14.11.24
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum 10.12.24
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum 06.12.24
Beigeordneter